

# Was können Sie sagen...?

## Argumente gegen antimuslimischen Rassismus und rechtspopulistische Parolen



Eine Broschüre von  
[moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus -  
für Demokratie und Vielfalt  
und Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Wohlstandschauvinismus, antimuslimischer Rassismus und Rechtspopulismus. Von Unwissenheit, Ressentiments und geschürten Ängsten . . . . .	3
Was sagen können! . . . . .	5
Themenfeld: Antimuslimischer Rassismus . . . . .	6
Themenfeld: Wohlstandschauvinismus . . . . .	20
Themenfeld: Kritik an bestehender Demokratie . . . . .	22
Hintergrund: Antimuslimischer Rassismus . . . . .	24
Glossar . . . . .	28
Literaturhinweise, Projektadressen . . . . .	31

## Impressum

**[moskito]** Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Vielfalt  
Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH  
Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin  
Tel +49 30 443 83 459  
Fax +49 30 443 71 71  
moskito@pfefferwerk.de  
<http://www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadtteilarbeit/moskito.html>

**Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)**  
Besuchsadresse: Michael-Brückner-Str.1/Spreestraße  
Postadresse: c/o Villa offensiv, Hasselwerder Str. 38-40, 12439 Berlin  
Kontakt: Tel./Fax: 030 - 65 48 72 93, E-Mail: [zfdtk@t-online.de](mailto:zfdtk@t-online.de)  
[www.zentrum-für-demokratie.de](http://www.zentrum-für-demokratie.de)

*Die Bildrechte liegen bei [moskito] und bei Kati Becker. Autorinnen: Silke Hünecke, Bettina Pinzl, Kati Becker. Erscheinungsdatum: August 2011. Auflage: 1000. Die Broschüre kann auf den Internetseiten der beiden Projekte heruntergeladen werden.*

## Hinweise zur Broschüre

Zentrale Begrifflichkeiten wie antimuslimischer Rassismus oder Wohlstandschauvinismus werden im Glossar erklärt. Wörter, die mit diesen Zeichen » « gekennzeichnet sind, werden von den Autorinnen abgelehnt. Bei in Anführungszeichen „ “ gesetzte Wörter handelt es sich um Zitate.

Der argumentative Leitfaden ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst kommt ein Zitat, welches einen antimuslimisch-rassistischen, wohlstandschauvinistischen oder antidemokratischen Inhalt hat. Es sind Zitate, die uns in dieser Form tagtäglich begegnen können. Häufig werden diese Aussagen nicht nur von expliziten Rechtsextremist\_innen geäußert, sondern kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Darauf folgt eine kurze Gegenargumentation, die dann im Folgetext (Begründung) mit Rückgriff auf diverse Untersuchungen untermauert wird.

Zentral für die Begründung zum Themenkomplex antimuslimischer Rassismus ist die Studie "Muslimisches Leben in Deutschland" (MLD-Studie) vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Studie für die Migrant\_innen mit muslimischem Hintergrund aus insgesamt 49 Ländern befragt wurden. Insgesamt wurden 6004 Personen telefonisch interviewt und zusammen mit den Angaben über die Haushaltsmitglieder stützen sich die Auswertungen auf Informationen über 17.000 Personen. Die von der Deutschen Islamkonferenz (DIK) in Auftrag gegebene Studie erschien im Juni 2009.

# Wohlstandschauvinismus, antimuslimischer Rassismus und Rechtspopulismus. Von Unwissenheit, Ressentiments und geschürten Ängsten

Im letzten Jahr feierte Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ große Erfolge. Wochenlang auf der Bestsellerliste und breit diskutiert in allen Medien, wurde es letztlich zum bestverkauften »Polit-Sachbuch« des Jahrzehnts. Vielerorts wurde er gelobt, denn er hätte den Mut gehabt etwas auszusprechen, was viele sich bisher nicht getraut hätten. Aber nicht erst seit dem Erscheinen von Sarrazins Buch ist antimuslimischer Rassismus und Wohlstandschauvinismus in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet. Die wichtigsten Untersuchungen bezüglich rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2010, die Heitmeyerstudie und die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, waren bereits abgeschlossen, als Sarrazins Buch auf den Markt kam. Beide Studien konstatierten einen signifikanten Anstieg von antimuslimischem Rassismus und Wohlstandschauvinismus in der deutschen Gesellschaft.

Diese gesellschaftliche Verschiebung ist auch eine Konsequenz der Diskurse der letzten Jahre. Dabei sind es insbesondere anerkannte Persönlichkeiten und Massenmedien, die bei der gesellschaftlichen Inszenierung von Wirklichkeit eine zentrale Rolle einnehmen. Vor allem nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gab es eine Vielzahl von Diskursen, die zum allgemeinen Bild über (vermeintliche) Muslim\_innen in Deutschland beigetragen haben. So wurden in namenhaften Nachrichtenmagazinen wie „Focus“ und „Spiegel“ insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 diffamierende Artikel über Muslim\_innen gedruckt. Und es fanden zahlreiche Debatten statt, beispielhaft die Debatte um's „Kopftuchtragen“ (ab 1998), „Leitkultur und Parallelwelten“ (2000, 2005 und 2010), „Zwangsehe und Ehrenmorde“ (2005), „Deutschenfeindlichkeit unter Einwandererkindern“ (2008) und die „Integrationsverweigerer\_innen“ (2010)(s. a. S. 7, 9). Muslim\_innen werden hier als »archaisch, rückständig, brutal, frauenfeindlich, nicht demokratiefähig und dem Rechtsstaat entgegengesetzt« dargestellt. Dabei wird einer bestimmten Gruppe von Menschen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes eine »muslimische Identität« zugeschrieben. Dieser Zuschreibung können sich die Betroffenen nicht entziehen, selbst wenn sie eine andere Religion besitzen oder zu dieser konvertieren, Atheist\_in sind oder werden. In der allgemeinen Wahrnehmung wird ihnen eine muslimische Identität zugeschrieben und damit gehen Vorurteile einher, die durch die Diskurse der letzten Jahre geprägt sind.

Ebenfalls medial unterstützt werden wohlstandschauvinistische Einstellungen. In Bild und so genannten Hartz-IV-Reality-Shows auf RTL wie „Mitten im Leben“ oder „Familien im Brennpunkt“ werden Personen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind an den Pranger gestellt. Einige exemplarische Debatten, die zum Wohlstandschauvinismus beigetragen haben: „Bild“ initiierte den „Florida Rolf“ (2003), FDP-Vorstandsmitglied Bahr verbreitete die „Akademiker\_innenkinderlosigkeit“ (2005), Sarrazin präsentierte sein „Hartz-IV-Menü“ (2008)

und Westerwelle mahnte eine „spätromische Dekadenz“ an (2010) (s. a. S. 21). Die Menschen mit geringerem Einkommen wurden in den Zusammenhängen mit Attributen wie »faul, dreckig, fett, ungebildet und desinteressiert« versehen. Gemein haben die beiden Diskurse über Menschen mit einem (vermeintlich) muslimischen Hintergrund und Menschen mit geringen Einkommen, dass permanent mit stereotypen Bildern und schwarz-weiß-Darstellungen gearbeitet wird. Es kommt zu unzulässigen Verallgemeinerungen und zur Vereinfachung von Sachverhalten. Häufig werden unbelegte Behauptungen aufgestellt und Bedrohungsszenarien aufgebaut.

Ausgeklammert werden in dieser vereinfachten Wahrnehmung andere ausschlaggebende Faktoren wie zum Beispiel Bildungssituation, ökonomische Situation, Wohnsituation, politische Einstellungen, Diskriminierungserfahrungen und persönliche Krisen. Problematisch ist vor allem, dass nicht mehr das einzelne Individuum gesehen wird, sondern nur noch die Gruppe als Masse. Entsprechend wird ignoriert, dass Religion/Kultur oder die ökonomische Situation nur ein Teil einer multiplen Identität einer jeden Person ausmacht.

Beim Betrachten der Debatten der letzten Jahre wird deutlich, sie wurden nicht von Rechtsaußen angestoßen, sondern kamen aus der Mitte der Gesellschaft und wurden auch hier geführt. Anerkannte Persönlichkeiten aus Politik, Medien und Kultur haben dazu beigetragen, dass ein einseitiges schwarz-weiß Bild von Muslim\_innen und finanziell schwächer gestellten Menschen in den letzten Jahren in der deutschen Gesellschaft entstanden ist. Dass diese Vorurteile so wirkungsmächtig werden konnten, ist auch darauf zurückzuführen, dass auf jahrhundertealte tradierte Ressentiments zurückgegriffen werden konnte. Inzwischen sind auch in Deutschland rechtspopulistische Parteien gegründet worden, die diese in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommenen Angriffe auf den Islam und seine (vermeintlichen) Anhänger\_innen und die so genannte »Unterschicht«, für die eigenen Zwecke nutzen, und mit vereinfachten Slogans, versuchen, Wählerstimmen zu gewinnen. Die rechtspopulistischen Parteien »Die Freiheit« und »Pro Deutschland« verstehen sich als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit, deren Interessen die etablierten Parteien ignorieren würden. Mit ihren Warnungen vor der Entstehung oder Festigung einer „(islamischen) Parallelgesellschaft“ und einer „Islamisierung Deutschlands“ schüren sie gezielt Ängste.

Die erschreckenden Ergebnisse der Studien zu antimuslimischem Rassismus und Wohlstandschauvinismus zeigen, dass diese Debatten auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Auch die zum Teil beachtlichen Erfolge rechtspopulistischer Parteien in zahlreichen europäischen Ländern in den letzten Jahren sollten demokratische Kräfte aktivieren. Insbesondere eine große Unwissenheit und fehlender Austausch führen dazu, dass eine Angst vor dem Unbekannten entsteht. Dies verstärkt schließlich bestehende Ressentiments. Aufgabe einer engagierten Zivilgesellschaft sollte es sein, dem entgegenzutreten. Mit dieser Broschüre wollen wir einen Beitrag dazu leisten. Dieser argumentative Leitfaden soll mit einigen gängigen Vorurteilen aufräumen.

*Silke Hünecke, Bettina Pinzl und Kati Becker (Mitarbeiterinnen von Moskito und ZfD)*

# Was sagen können!

Ein paar grundlegende Tipps, wie auf Parolen reagiert werden kann:

## Parolen und Methoden Gegenstrategien

- Tabubruch: Wenn Sätze mit »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen...« beginnen, wird suggeriert, eine „Wahrheit“ zu benennen, die alle anderen zwar auch kennen, aber angeblich verschweigen.
- Parolen-Hopping: Sprecher\_in springt von einem Thema zum anderen, um eine sachorientierte Auseinandersetzung zu verhindern
- Ausnahme-Beispiele zur Regel machen: »An meiner Schule sind die Ausländer alle ganz schlimm!«
- Beispiele zur Ausnahme von der Regel machen: »Die Ausländer sind doch alle kriminell, nur Mustafa ist anders.«
- Vorurteile sind einfache Erklärungsmuster für komplexe Zusammenhänge. Sie sind pauschalisierend, abwertend und z.T. diskriminierend: z.B. »Die Muslime unterdrücken ihre Frauen.«  
Vorurteile trennen in »Wir«- (die Guten) die »Die«- Gruppen (die Anderen, Fremden, Bösen).
- Vorhandene Vorurteile und Parolen werden aufgegriffen, um rechte Ideologien zu verbreiten, z.B. »Kriminelle Ausländer gehören abgeschoben.«
- Sie müssen nicht auf jede Parole reagieren! Überlegen Sie vorher, mit wem können, wollen oder müssen Sie unter welchen Umständen diskutieren? Wann wollen Sie sich positionieren? (Sind Personen anwesend, die von Ihnen Unterstützung/ Positionierung erwarten? Ist das Gegenüber gesprächsbereit? Fühlen Sie sich einer Diskussion gewachsen? Welche Ziele verfolgen Sie und sind diese realistisch?)
- Tabubruch als vermeintlichen benennen! Z.B. „Natürlich dürfen Sie das sagen, so wie alle anderen, die das tun auch. Trotzdem bin ich nicht Ihrer Meinung, weil...“
- Nicht auf alles eingehen! Auf einem Thema bestehen! Ggf. den Redefluss unterbrechen oder das Gespräch begründet verlassen!
- Glaubhafte Erfahrungen ernst nehmen, aber Ableitungen und Verallgemeinerungen in Frage stellen und kritisieren!
- Darauf hinweisen, dass es nie nur eine Ausnahme von der Regel gibt! – Perspektivwechsel einbringen, z.B. „Was meinst du, sagt Mustafa denn dazu?“
- Nachfragen! Das Gegenüber in die Rechtfertigungsrolle rücken! Nicht auf Provokationen eingehen, sondern Positionieren! Z.B. „Woher weißt du das denn?“; „Können Sie das genauer erklären?“
- Grenzen ziehen! Distanzierung zu den Aussagen deutlich machen!
- Potenziell Verbündete einbeziehen! Schlagabtausch mit dem/der Wortführer\_ in vermeiden!

## Themenfeld: Antimuslimischer Rassismus

### »Muslim\_innen sind alle gleich«

In den Diskussionen über Menschen mit muslimischen Migrationshintergrund in Deutschland wird fast nie eine Differenzierung vorgenommen, welcher muslimischen Glaubensgruppe sie angehören. Dort wird häufig einfach nur von den Muslim\_innen gesprochen.

***Gegenargument: Es ist wichtig Differenzierungen vorzunehmen, denn es existieren verschiedene Auslegungen vom Islam, welche sich dann in unterschiedlichen Glaubensgruppen widerspiegeln. Innerhalb der Glaubensgruppen wird der Koran unterschiedlich streng ausgelegt und gelebt.***

Begründung: Die größte konfessionelle Gruppe unter den befragten Muslim\_innen in Deutschland bilden die Sunnit\_innen (72 Prozent), gefolgt von den Alevit\_innen mit 14 Prozent. Die drittgrößte konfessionelle Gruppe stellen die Schiit\_innen mit sieben Prozent dar. Von den Muslim\_innen in Deutschland gehören weiterhin zwei Prozent der Ahmadiyya an, und jeweils 0,2 Prozent bezeichnen sich als Sufi\_innen/Mystiker\_innen oder Ibadit\_innen. Wiederum fünf Prozent der befragten Muslim\_innen rechnen sich anderen, nicht näher bezeichneten Konfessionen zu.

Die Mehrzahl der Muslim\_innen ist gläubig. Aus der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ geht hervor, dass sich 36% selbst als stark gläubig einschätzen, weitere fünfzig Prozent bezeichnen sich als eher gläubig. Das Bekenntnis zu Religiosität ist in den verschiedenen Herkunftsgruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während vor allem türkischstämmige Muslim\_innen und Muslim\_innen aus afrikanischen Ländern angeben sehr gläubig zu sein, bezeichnen sich etwa ein Drittel der iranischstämmigen Muslim\_innen – überwiegend Schiit\_innen – als gar nicht gläubig. Dabei sind Frauen tendenziell gläubiger sind als Männer. Insgesamt sind etwa zwanzig Prozent der Muslim\_innen Teil religiöser Vereine oder Gemeinden.

Im Rahmen der MLD-Studie wurde auch die religiöse Praxis untersucht. Bei einer Betrachtung von Muslim\_innen und Nicht-Muslim\_innen fällt ein polarisierendes Verhalten bezüglich des Gebetes auf: Sowohl Muslim\_innen als auch Personen anderen Glaubens beten entweder zu weiten Teilen gar nicht oder täglich. Unterschiede zwischen den Religionsgruppen bestehen nur geringfügig. Ein Unterschied ist jedoch hinsichtlich religiöser Feste und Feiertage zu sehen, Muslim\_innen geben häufiger als Andersgläubige an diese zu begehen. So begehen 69 Prozent der Muslim\_innen die großen religiösen Feste in der eigenen Religionsgemeinschaft. Die nicht-muslimischen Befragten bleiben bei der gleichen Frage mit einem Anteil von 49 Prozent um zwanzig Prozentpunkte dahinter zurück. Über die Hälfte aller Muslim\_innen (57 Prozent) halten sich uneingeschränkt an religiöse Fastenvorschriften. Nur 24 Prozent der befragten Muslim\_innen verzichten auf das Fasten.

## »Muslim\_innen sind ungebildet«

Immer wieder wird das Stereotyp »des ungebildeten Muslim« bemüht. 2006 wurde die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln zum Synonym nicht nur für »ungebildete Muslim\_innen«, sondern auch noch für solche, die sich der Bildung »verweigern«. Wochenlang beherrschte dieses Bild die Print- und Onlinemedien. Es kam zu Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen und auf einmal stand die Rütli-Schule als gesellschaftliches Massenphänomen da.

***Gegenargument: Dabei zeigen verschiedene Studien schon seit Jahren ein anderes Bild: So sind die Bildungsambitionen der Eltern mit muslimischen Hintergrund sehr ausgeprägt und ein Bildungsaufstieg ist zu verzeichnen. Dieses Vorurteil von »ungebildeten Muslim\_innen« findet keine Entsprechung im statistischen Datenmaterial und ist damit empirisch nicht haltbar.***

Begründung: In der 2009 veröffentlichten Gallup-Studie gaben 95 Prozent der Muslim\_innen an, dass das Erreichen eines besseren Bildungsabschlusses notwendig für die Integration sei. Eine neue Studie der Universität Mannheim (August 2010) fand heraus, dass gerade türkische Eltern hohe Bildungsambitionen haben. Die positive Folge sei, dass bei gleichen Leistungen und ähnlichem sozialen Hintergrund türkische Grundschüler\_innen

## Antimuslimisch-rassistische Diskurse

### Kopftuchdebatten

Es begann in Baden-Württemberg: 1998 verweigerte das Bundesland der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin die Einstellung in den Schuldienst, weil sie im Unterricht ihr Kopftuch nicht ablegen wollte. Frau Ludin klagte dagegen, der Fall ging bis vor das Bundesverfassungsgericht. Dieses hat im September 2003 ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen an Schulen in Baden-Württemberg für rechtswidrig erklärt, da es keine hinreichend gesetzliche Grundlage dafür gebe. Gleichzeitig überließ es den Ländern, entsprechende Gesetze zu schaffen.

### Leitkulturdebatte

Zu einer breiten öffentlichen Diskussion kam es, als der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, am 25. Oktober 2000 in der Zeitung die „Welt“ Regeln für Einwanderung und Integration als freiheitlich-demokratische deutsche Leitkultur forderte und sich gleichzeitig gegen Multikulturalismus wandte. 2010 sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Hans-Peter Friedrich, „Die Leitkultur in Deutschland ist die christlich-jüdisch-abendländische Kultur, nicht die islamische“.

### 11. September 2001

Nach den Anschlägen der Al-Qaida am 11. September 2001 in den USA wurde von politischer und medialer Seite ein extremes Bedrohungsszenario aufgebaut. Es war die Rede von einem »Kampf der Kulturen«, einer »Achse des Bösen«, von »Massenvernichtungswaffen« »Schläfern« und fand ihren vorläufigen Höhepunkt in einer Inszenierung der »Islamisierung Deutschlands«. In der Bebilderung solcher Artikel werden Muslime gewalttätig und brutal abgebildet.

sogar häufiger auf höhere Schulen als ihre deutschstämmigen Altersgenoss\_innen wechseln. Gerade Familien mit türkischem Migrationshintergrund wurde eine höhere Bildungsaspiration im Vergleich zu Familien ohne Migrationshintergrund beim gewünschten Schulabschluss Abitur attestiert. Die MLD-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Angehörigen der zweiten Generation deutlich häufiger als ihre Elterngeneration das deutsche Schulsystem mit einem Schulabschluss verlassen. Dies gilt insbesondere für Muslima. Laut Mikrozensus 2009 haben in der Gruppe der Personen mit iranischen, irakischen und afghanischen Migrationshintergrund, die auch Muslim\_innen sind, 33,3 Prozent (Fach-) Abitur. Während bei der herkunftsdeutschen Gruppe nur 21,5 Prozent einen höheren Schulabschluss erhielten. In der Gruppe der jüngeren Generation der 20 bis 25 Jährigen haben sogar fünfzig Prozent (Fach-)Abitur. Die erste Generation der Gastarbeiter\_innen hatte hingegen nur zu drei Prozent einen höheren Bildungsabschluss. Dies ist ein Bildungsanstieg von ca. 650 Prozent. Laut der MLD-Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist es sogar ein Anstieg von ca. 800 Prozent. Die PISA-Studie 2009 stellt infolge eines stetigen Bildungsanstieges bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen Rückgang der Disparitäten zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund fest. Zugleich wird herausgestellt, dass im Erhebungszeitraum bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund kaum Kompetenzsteigerungen zu verzeichnen sind. Das Beispiel Rütli-Schule hat gezeigt, dass es nicht allein an den Schüler\_innen liegt, sondern auch an einer verfehlten Bildungspolitik. Nach dem Medienaufschrei wurde ein neues Schulkonzept für die Rütli-Schule ausgearbeitet und umgesetzt. Über das Ergebnis, das jener Jahrgang, der auch schon im »Aufstandsjahr« 2006 dabei war, erreichte, waren alle positiv überrascht: 98,3 Prozent dieser Schüler\_innen schaffte den Abschluss. Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass es notwendig ist, auf die Bedürfnisse von Muslim\_innen in der Bildungspolitik einzugehen. Denn auch wenn sich allgemein eine Dynamik des Bildungserfolges über die Generationenfolge feststellen lässt, ist es die Aufgabe einer Gesellschaft, die notwendigen Hilfen bereitzustellen, um einen Bildungsaufstieg unabhängig von der Herkunft zu ermöglichen.

### **»Muslim\_innen streben die Islamisierung Deutschlands an«**

Die rechtspopulistische Partei »Pro Berlin« organisierte Ende November 2010 eine Demonstration »gegen die Islamisierung Deutschlands« am Brandenburger Platz. Die Parole von der »Islamisierung der deutschen Gesellschaft« steht im Zentrum des antimuslimischen Rassismus rechtspopulistischer Parteien. Sie schüren damit Ängste von einer kulturellen und religiösen „Überfremdung“. Konkret äußert sich ihr Vorgehen in Kampagnen gegen Minarette und Moscheebauvorhaben.

**Gegenargument: Statistisch gesehen handelt es sich jedoch um eine verschwindend kleine Minderheit, die fanatische Ideen und Ziel verfolgt. Das oft herbeigeredete und medial inszenierte Bedrohungsszenario einer »Islamisierung Deutschlands« hat nichts mit der Realität zu tun.**

Begründung: Oft wird behauptet, dass die »Islamisierung auch durch eine „extrem hohe Geburtenrate von Menschen mit muslimischen Glaubens“ gezielt vorangetrieben würde«. In der ersten Generation von türkischen Einwanderinnen ist die Geburtenrate tatsächlich höher als der Durchschnitt. In der zweiten und dritten Generation gleicht sie sich an den Durchschnitt an. Die Minderheit von 1,7 Millionen Türken und 700.000 türkischstämmigen Deutschen macht nur ca. drei Prozent der Bevölkerung aus. Diese inszenierte Bedrohung ist somit vollkommen realitätsfern. Häufig werden alle Muslim\_innen als »islamistische Fanatiker\_innen« stigmatisiert. Im September 2010 gab das Bundeskriminalamt (BKA) an, dass es davon ausgehe, dass sich mehr als vierhundert Islamist\_innen in Deutschland aufhalten und dass diese eine Bedrohung für die innere Sicherheit darstellt. Den harten Kern sollen 131 Personen bilden, die das BKA als „Gefährder\_innen“ einstuft. Aktuell wird davon ausgegangen, dass in Deutschland etwa 3,8 bis 4,3 Millionen Muslim\_innen leben. Wenn wir von vier Millionen Muslim\_innen ausgehen, wären prozentual gesehen demnach 0,01 Prozent aller in Deutschland lebenden Muslim\_innen Islamist\_innen und 0,003 Prozent wären „Gefährder\_innen“.

Auch zeigt die 2008 weltweit durchgeführte Gallup-Studie deutlich, dass die Propaganda-Maschinen von Al Qaida und Co. keineswegs für die Mehrheit der Muslim\_innen sprechen. Das vornehmliche Berufsziel ist für die Muslim\_innen auch bei weitem nicht, Märtyrer\_in zu sein. „Auf die Frage nach ihren Träumen für die Zukunft sagen Muslim\_innen, sie wollen bessere Jobs und mehr Sicherheit, keinen Konflikt und Gewalt“, schreiben die Autor\_innen. Und viele Menschen in arabischen und asiatischen Ländern formulieren zu dem Zeitpunkt der Befragung, dass sie sich gerne von der Knute der repressiven Regime in ihren Staaten befreien würden. „Die große Mehrheit der Muslime würde die

## Antimuslimisch-rassistische Diskurse

### Zwangsehen und Ehrenmord

Die kurdisch-türkischstämmige Hatun Sürücü wurde 2005 von ihren Brüdern ermordet, weil sie die Familienehre verletzt haben soll. Die 23-Jährige hatte sich aus einer arrangierten Zwangsehe gelöst und sich von ihrer Familie losgesagt. Ihr Tod löste eine Debatte über Zwangsehen und Ehrenmorde aus.

### Deutschenfeindlichkeitsdebatte

Die CDU-Familienministerin Kristina Schröder unterstellte 2008 männlichen Migranten ohne Bezugnahme auf Aspekte wie z.B. Sozialstrukturen oder Ausbildungsmöglichkeiten eine deutlich höhere Gewaltbereitschaft und sprach in dem Kontext von Deutschenfeindlichkeit.

### Integrationsverweigerer\_innen

Der CDU-Innenminister Thomas de Maizière griff 2008 die umstrittenen Thesen von Sarrazin auf und trieb die Debatte über so genannte Integrationsverweigerer\_innen voran.

### Sarrazin-Debatte

In seinem Buch versucht das SPD-Mitglied und zum damaligen Zeitpunkt (2010) Mitglied im Vorstand der Deutschen Bank mit pseudowissenschaftlichen Argumenten u.a. eine „schleichende Islamisierung Deutschlands“ auszumachen.

## Deckmantel Islamkritik

Antimuslimischer Rassismus ist keine Randerscheinung, sondern kommt aus der Mitte der Gesellschaft und wird von anerkannten Persönlichkeiten getragen. Hervorzuheben ist der Kreis um den Journalisten Henryk M. Broder, die Soziologin Necla Kelek, die Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer und den Schriftsteller Ralph Giordano. Als vermeintliche Expert\_innen des Islam und der muslimischen Lebensweise treten sie häufig in Talkshows auf und verfassen Artikel. Sie selbst bezeichnen sich als »Islamkritiker\_innen«. Diese Eigenbezeichnung impliziert, dass sie sich kritisch mit Fakten zu dem Gegenstand Islam auseinandersetzen würden. Festzustellen ist das keine\_r dieser genannten »Islamkritiker\_innen« Islam- oder zumindest Religionswissenschaft studiert hat. Weiter beherrscht niemand aus diesem Kreis die arabische Sprache als Basis für unabhängige und sachliche Auseinandersetzungen mit dem Islam und den arabischen Ländern. Der Politik- und Islamwissenschaftler Thorsten Gerald Schneiders kommt in seiner Analyse der Texte aus diesem Personenkreis zu dem Ergebnis, „dass in den Ausführungen immer wieder die gleichen unsachlichen Argumente und fehlerhaften Beweisführungen auftauchen, hinter denen eine identische Absicht zu stehen scheint: Nämlich, um mit Ralph Giordano zu sprechen, den Menschen klar zu machen: 'Der Islam ist das Problem!'“ (Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen verschwimmen, Wiesbaden 2010, S. 418)

Redefreiheit durchsetzen, wenn sie eine neue Verfassung schreiben könnten, und sagen, dass religiöse Führer keine direkte Rolle dabei spielen sollten.“ Die beeindruckenden Aufstände in den arabischen Ländern seit Anfang 2011 haben diese Bedürfnisse mehr als deutlich unterstrichen.

### »Muslim\_innen leben in einer Parallelgesellschaft«

Erst nach der Ermordung des rassistischen und antisemitischen Filmemachers Theo van Gogh 2004 in den Niederlanden und dem damit noch mal zunehmenden antimuslimischen Diskurs in Europa wurde der Begriff »Parallelgesellschaft« populär. Damit war festgelegt, dass wenn von »Parallelgesellschaft« die Rede ist, die muslimische Minderheit gemeint ist. Beispielsweise wird im Fall der besonders reichen Menschen nicht von einer »Parallelgesellschaft« gesprochen, obwohl sie ihre eigene Wohngegend, ihre eigenen Vereine und Veranstaltungen haben und sich vom Rest der Gesellschaft abgrenzen. Das Bild »der muslimischen Parallelgesellschaft« ist gespickt von stereotypen Zuschreibungen, Vereinfachungen, Verzerrungen und pauschalisierenden Aussagen.

**Gegenargument: Dabei zeigen Untersuchungen, dass Muslim\_innen so gut wie nie zuvor integriert sind. Sie teilen sich mit uns alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Schule, Universität, Arbeitsplatz, Politik, Gewerkschaft, Sportclub oder Kulturverein.**

Begründung: Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die deutsche Sprachkenntnis. Laut der MLD-Umfrage schätzen 22 Prozent ihre Deutschkenntnisse als sehr gut ein, 39 Prozent als gut, 28 Prozent als mittelmäßig. Die Deutschkenntnisse von acht Prozent der Befragten werden von ihnen selbst als schlecht eingestuft, und nur zwei bzw. ein Prozent können sehr schlecht oder gar nicht Deutsch.

Inzwischen haben zwei Millionen Muslim\_innen (ungefähr die Hälfte aller in Deutschland lebenden Muslim\_innen) die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Dieses ermöglicht ihnen u.a. die politische Partizipation im Parlamentarismus (Wahlrecht, Parteiaktivitäten). Laut der Gallup-Studie artikulierten vierzig Prozent der befragten Muslim\_innen eine „enge Bindung zur Bundesrepublik“. Bei den nicht-muslimischen Befragten waren es nur 32 Prozent. Auch stellt die MLD-Studie fest, dass die Kontakthäufigkeit mit Personen deutscher Herkunft in allen Alltagsbereichen insgesamt sehr hoch ist, insbesondere am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft kommt es insgesamt häufiger vor. Desweiteren verfügen insgesamt 52 Prozent der Befragten aus einem muslimisch geprägten Land über eine Mitgliedschaft in einem deutschen Verein bzw. einer Organisation. Hingegen weisen nur vier Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund eine Mitgliedschaft ausschließlich in einer Vereinigung mit Bezug zum Herkunftsland auf. Laut der Gallup-Studie möchten 88 Prozent der Muslim\_innen in Deutschland nicht größtenteils mit Menschen mit derselben ethnischen Abstammung und Religion wie sie selbst leben. Muslim\_innen wollen nicht isoliert von der Gesamtgesellschaft leben. Sondern, wenn Muslim\_innen wirklich in ethnisch oder religiös homogenen Wohngebieten leben, ist dies die Konsequenz wirtschaftlicher Zwänge und nicht die der eigenen, freien Wahl. Weiter gibt es eine empirisch nachgewiesene Tendenz, dass es zu mehr interethnischen und interreligiösen Partnerschaften in späteren Generationen kommt. Olga Nottmeyer weist in einer Studie für das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung nach: „Berücksichtigt man Unterschiede zwischen der einen und der folgenden Einwanderergeneration, wird für die meisten Migrant\_innen eine Tendenz zu mehr interethnischen Partner\_innenschaften in späteren Generationen erkennbar. So ist der Anteil interethnischer Partnerschaften für Personen in der zweiten Generation, insbesondere für türkischstämmige Migrant\_innen, mehr als doppelt so hoch wie in der ersten.“ So heirateten im Jahr 2008 33,5 Prozent der muslimischen Männer eine nicht-muslimische Frau. Dagegen heirateten die Herkunftsdeutschen zu 92 Prozent Deutsche ohne Migrationshintergrund. Abschließend ist festzustellen, dass nur bei einer kleinen Minderheit der Personen mit muslimischen Hintergrund ein gewollter Rückzug in das ethnische Segment stattfindet. Und dass insbesondere die nachfolgenden Generationen der Migrant\_innen darum kämpfen, einen Platz im gesamtgesellschaftlichen Leben zu finden. Denn jahrzehntelang wurde ihnen von der Politik die Integration verweigert. Insbesondere die in den 1960er Jahren zur Arbeit ins Land geholten Muslim\_innen aus der Türkei, galten als »Gastarbeiter\_

innen«, die nach getaner Arbeit in die Türkei zurückkehren sollten. Ihnen wurden über vier Jahrzehnte lang – bis zur Änderung der deutschen Staatsbürgerschaft im Jahr 2000 – soziale und demokratische Rechte verweigert, wie: das Wahlrecht, die Möglichkeit der politischen Partizipation im Parlamentarismus, die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse und das Recht auf Einbürgerung. Auch wurde kein Wert darauf gelegt, ihre Sprachkenntnisse zu fördern, so dass es nach wie vor die erste Generation ist, die nach eigener Auskunft vor allem über schlechte bis unzureichende Deutschkenntnisse verfügt.

### **»Muslim\_innen sind kriminell und gewalttätig«**

Immer wieder hört und liest man von »den kriminellen Muslim\_innen oder Migrant\_innen«. Damit wird undifferenziert ein Generalverdacht gegen alle in Deutschland lebenden Menschen nichtdeutscher Herkunft geschürt. Kriminalität und Gewalt von Menschen – Deutschen und Nichtdeutschen – sind dagegen primär sozio-strukturelle und keine kulturellen Probleme.

### ***Gegenargument: Integrierte Migrant\_innen, und sie bilden die überwältigende Mehrheit, kommen nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt als Herkunftsdeutsche.***

Begründung: Dies verdeutlichen auch die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Berlin: „8,7 Prozent der Gewaltkriminalität in der PKS wurde im Jahr 2009 von Tatverdächtigen begangen, die entweder türkischer Nationalität oder dem arabischen Raum zuzuordnen waren. Erweitert man die Personengruppe um die Personen, deren Nationalität als ‚unbekannt‘ (424) oder ‚keine Angaben‘ (434) erfasst wurden, was zumindest häufig für eine Herkunft aus dem arabischen Raum sprechen kann erhöht sich die Zahl der Fälle auf 2509 was dem Anteil von 13,3 Prozent an allen Fällen der Gewaltkriminalität entspricht.“<sup>1</sup>

Besonders männliche migrantische Jugendliche werden häufig als gewalttätiger als ihre herkunftsdeutschen Altersgenossen wahrgenommen. Hier zeigt eine Studie des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) dass „türkische Jugendliche, die als niedrig integriert gelten, [...] zu 11 Prozent zu den Mehrfachtätern von Gewalt [gehören], türkische Jugendliche mit hoher Integration nur zu 1,5 Prozent. Vergleichbare Zusammenhänge finden sich bei allen Migrantengruppen.“<sup>2</sup> Dabei ist Integration keine Einbahnstraße oder Bringschuld, sondern ein komplexer Prozess, an dem beide Seiten beteiligt sind. So berichten schlechter integrierte Migrant\_innen häufiger davon, selber Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. „Türkische Jugendliche sehen sich am häufigsten durch Lehrer benachteiligt, nord-/ westeuropäische Jugendliche am seltensten. Fast die Hälfte der türkischen Jugendlichen gab an, schon einmal ausländerfeindlich beschimpft worden zu sein; nur bei den afrikanischen Jugendlichen liegt der Anteil noch höher. Möglicherweise ist die verstärkte Hinwendung zur Eigengruppe bei einigen Migranten das Resultat davon, dass sie aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrungen zu dem Schluss kommen, in Deutschland nicht erwünscht zu sein.“<sup>3</sup>

Auch der von Sarrazin in seinem Buch suggerierte Zusammenhang zwischen Islam und Kriminalität ist empirisch nicht haltbar. Die Studie des Gallup Instituts zeigt, dass das Gegenteil richtig ist. Die Ablehnung von Gewalt ist unter Muslim\_innen in Deutschland sogar höher als unter der deutschen Gesamtbevölkerung. So hielten im Jahr 2007 etwa achtzig Prozent »Gewaltanwendung aus edlen Gründen« für »überhaupt nicht vertretbar« – bei der deutschen Gesamtbevölkerung waren es 75 Prozent.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Forountan, Naika (Hg.): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland, Berlin, 2010, S. 58.

<sup>2</sup> Dirk Baier, Christian Pfeiffer, Susann Rabold, Julia Simonson, Cathleen Kappes: Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN, Hannover 2010, S. 10.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>4</sup> Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S. 41f.



### **»Muslim\_innen verbieten ihren Kindern Schwimm- und Sportunterricht, sowie die Teilnahme an Klassenreisen«**

In öffentlichen Debatten über die Integrationserfolge von Kindern und Jugendlichen mit (muslimischem) Migrationshintergrund an deutschen Schulen gilt als erster Gradmesser die Beherrschung der deutschen Sprache. Danach kommt meist gleich – fast schon reflexhaft – die Teilnahme muslimischer Mädchen an Schwimm- und Sportunterricht sowie an den Klassenfahrten. Die Art und Weise wie über das Thema geredet wird, erweckt den Eindruck, den meisten muslimischen Mädchen sei eine Teilnahme verboten.

**Gegenargument: Dabei nehmen fast neunzig Prozent aller Schüler\_innen am gemischtgeschlechtlichen Sportunterricht teil. Religiöse Gründe für das Fortbleiben vom Unterricht werden so gut wie nie genannt.<sup>1</sup> Für die meisten Schulen und für die meisten Muslim\_innen ist es also kein Problem. In vielen Fällen stützt sich die These der fehlenden Teilnahmebereitschaft muslimischer Mädchen auf Vermutungen oder Einzelfälle.**

Begründung: Am schulischen Schwimmunterricht nehmen dagegen deutlich weniger

muslimische Mädchen (53 Prozent) und Jungen (54 Prozent) teil. Allerdings vor allem, weil kein Schwimmunterricht an ihren Schulen angeboten wird. Gibt es gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht an der Schule, nehmen Mädchen tendenziell ebenso häufig daran teil wie Jungen.

Bei der Frage nach der Teilnahme an angebotenen mehrtägigen Klassenfahrten kommt die MLD-Studie zu folgendem Ergebnis: Siebzig Prozent der muslimischen Schüler\_innen haben an der letzten mehrtägigen Klassenfahrt teilgenommen. 25 Prozent gaben an, dass keine Klassenfahrt angeboten wurde. Religiöse Gründe für eine fehlende Teilnahme werden kaum genannt.<sup>2</sup>

Der „Zeit“-Redakteur Martin Spiewak hat 2006 für seinen Beitrag „Ins Schwimmen geraten“ zu der vermeintlich beachtlichen „Absenz muslimischer Schüler beim Sport, Aufklärungsunterricht und Klassenfahrten“ recherchiert. Er stellte nach zahlreichen Anrufen in den zuständigen deutschen Landesministerien fest: In Bremen gab es zwei Bitten um Freistellung vom Schwimmunterricht im vergangenen halben Jahr. Die Antworten der anderen Bundesländer, schreibt Spiewak, ähnelten sich bis auf den Wortlaut: Baden-Württemberg: „Kein übergeordnetes Problem“, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern: „Einzelfälle“, Schleswig-Holstein: „Nicht zu quantifizieren“, Hamburg: „Die größten Schwierigkeiten hatten wir mit christlichen Fundamentalisten“. Berlin sei das einzige Land gewesen, das konkrete Zahlen zu dem „integrationspolitisch brisanten Thema“ gesammelt habe. Nach Angaben des Senats ergab eine Befragung der Schulen: Im Schuljahr 2005 nahmen 68 Kinder nicht am Schwimmunterricht teil, fünf (!) davon aus religiösen Gründen. Eine erneute Umfrage Anfang 2007 ergab: Binnen drei Monaten lagen vier Anträge auf Befreiung vom Schwimmunterricht vor.<sup>3</sup>



<sup>1</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, S. 183ff.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 188f.

<sup>3</sup> Spiewak, Martin: Ins Schwimmen geraten. Politiker klagen, dass viele muslimische Schülerinnen den Turn-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht boykottieren. Stimmt das überhaupt?, <http://www.zeit.de/2006/50/B-Schulverweigerung>, Stand: 19.06.2011

### **»Muslima müssen immer ein Kopftuch tragen«**

Diese Aussage wird in Diskussionen häufig damit begründet, dass muslimische Frauen »immer verschleiert rumlaufen müssten«. Das Tragen eines Kopftuches wird in Deutschland seit der sogenannten Kopftuchdebatte<sup>1</sup> kontrovers diskutiert. In der Debatte wird das muslimische Kopftuch zu einem politischen Kampffeld, mit dem unterschiedliche politische Normen und Werte symbolisiert werden. Das Ablegen des Kopftuchs steht in der Folge für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie.

***Gegenargument: Trotz Religiosität nehmen auch im Islam viele Gläubige die islamischen Alltagsvorschriften eher lax. So tragen siebzig Prozent der Frauen nie ein Kopftuch, selbst unter den stark gläubigen Muslima bedeckte nur jede Zweite ihr Haar.<sup>2</sup>***

Begründung: Während es für viele Muslima einen Ausdruck religiöser Selbstbestimmung und kultureller Identität darstellt, für den Akzeptanz eingefordert wird, ist es für deren Gegner\_innen der sichtbare Ausdruck der Unterdrückung der Frauen, von Rückständigkeit, Integrationsunwilligkeit und teilweise sogar von Fundamentalismus.<sup>3</sup> So hat die Soziologin Nilüfer Göle in ihren Untersuchungen festgestellt, dass für viele junge Muslima das Kopftuch kein Ausdruck „einer islamistischen Gesinnung ist, sondern statt eines Stigmas für Muslime zu einem positiven Bekenntnis zu ihrer islamischen Identität geworden ist. Das Schandmal *Muslim is ugly* werde umgekehrt in *Muslim is beautiful*“. In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ gaben die befragten Frauen dagegen häufiger Gründe für das Tragen eines Kopftuches an, die auf eine Eigenmotivation schließen lassen als auf männlichen Zwang. 93 Prozent tragen das Kopftuch aus religiösen Gründen, 36 Prozent, um in der Öffentlichkeit als Muslima erkannt zu werden. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es sich bei den Kopftuch tragenden Muslima mehrheitlich um selbstbewusste, religiöse Frauen handelt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ermittelte in einer Studie von 2006, dass junge Muslima mit Kopftuch aufstiegsorientierter sind als deutsche Frauen insgesamt. Erfolg im Beruf liegt in ihren Prioritäten mit 59 Prozent vor „verheiratet sein“ (54 Prozent) und „Kinder haben“ (52 Prozent). Zum Vergleich: 58 Prozent der nichtmuslimischen Frauen wollen Kinder haben.<sup>4</sup> Ob eine religiöse Muslima ein Kopftuch trägt, hängt stark von ihrer jeweiligen Konfessionsrichtung ab. Während Alevitinnen fast nie ein Kopftuch tragen, gaben 21 Prozent der befragten Schiitinnen und 51 Prozent der Ahmadiyya-Frauen an, ein Kopftuch zu tragen. Von den Sunnitinnen, die mit deutlichem Abstand der größten muslimischen Glaubensgruppe in Deutschland angehören, trägt gut jede Dritte ein Kopftuch.<sup>5</sup>

Und entgegen der geäußerten Annahme von Sarrazin, dass Kopftuchtragen über die Generationenfolge in Deutschland zunehme, nimmt statistisch gesehen die Häufigkeit in der zweiten Generation signifikant ab. Fast 71 Prozent der Muslima der zweiten Generation tragen nie ein Kopftuch, 11,5 Prozent gaben an, dies manchmal zu tun. In Deutschland geborene Muslima tragen deutlich seltener

täglich (17,8 Prozent) das Kopftuch, als zugewanderte (25,2 Prozent).<sup>6</sup> Für eine gelungene Integrationspolitik ist nicht wichtig, was auf dem Kopf, sondern was im Kopf ist. Generell lässt sich ein Bildungsaufstieg für Muslima in der Generationenfolge feststellen. Insgesamt zeigt die MLD-Studie aber auch, dass ein hoher Bedarf an Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen und beruflichen Qualifikationen besteht, die sich explizit auch an Muslima mit Kopftuch richten.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Seite 4 in dieser Broschüre

<sup>2</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, S. 205 f

<sup>3</sup> Katejuna Amirpur: Die Muslimisierung der Muslime, in: Hilal Sezgin: Manifest der Vielen, München 2011, S. 199

<sup>4</sup> Die Linke: Linke Argumente gegen rechte Hetze. Thilo Sarrazins Rassismus und die Krise; <http://www.linke-argumente-gegen-rechte-hetze.de>

<sup>5</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, S. 197

<sup>6</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, S. 194 ff

<sup>7</sup> Ebenda, S. 203.

### **»Muslim\_innen zwingen ihre Frauen zur Heirat und begehen Ehrenmorde«**

Im Jahr 2006 führte das Bundeskriminalamt eine Bund-Länder-Abfrage zum Phänomenbereich „Ehrenmorde in Deutschland“ durch. Hierbei wurde auf der Basis der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und von den Bundesländern zu den einzelnen Fällen zugeliferten Informationen für den Zeitraum vom 1. Januar 1996 bis zum 18. Juli 2005 untersucht, wie viele polizeilich registrierte Fälle von Mord und Totschlag als Ehrenmorde klassifiziert werden können. Dabei wurde folgende Definition zugrunde gelegt: „Bei Ehrenmorden handelt es sich um Tötungsdelikte, die aus vermeintlich kultureller Verpflichtung heraus innerhalb des eigenen Familienverbandes verübt werden, um der Familienehre gerecht zu werden.“<sup>1</sup> Im untersuchten Zeitraum von fast zehn Jahren können 55 registrierte Tötungsdelikte als Ehrenmorde aufgefasst werden. Davon waren siebzig Opfer betroffen, 36 Opfer waren türkischer, 18 deutscher und sechs serbischer- montenegrinischer oder ehemals jugoslawischer Staatsangehörigkeit (unter anderen in kleinerer Zahl auftretenden Staatsangehörigkeiten).<sup>2</sup>

***Gegenargumentation: Ehrenmorde und Zwangsheirat werden von der Mehrzahl der in Deutschland lebenden Muslim\_innen abgelehnt. Eine Zwangsheirat liegt vor, wenn Braut oder Bräutigam die Ehe nicht aus freiem Willen eingehen. Davon abzugrenzen ist die arrangierte Heirat, die zwar von Verwandten oder Ehevermittler\_innen arrangiert, aber meist im Einverständnis der Ehepartner\_innen geschlossen wurde.***

Begründung: „Über das Ausmaß von Zwangsheirat hat man deutschland-weit dagegen leider kaum gesicherte Fakten. Die einzigen konkreten Daten liefert eine Erhebung des Berliner Senats bei über 50 Jugend- und Beratungseinrichtungen: Demnach sind in Berlin im Jahr 2002 230 Fälle von Zwangsverheiratungen aktenkundig geworden.“<sup>4</sup> „Die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Migranten und Migrantinnen lehnt Zwangsheirat ausdrücklich ab.“<sup>5</sup> Nach UNICEF-Angaben leben weltweit mehr als 60 Millionen junge Frauen, die

verheiratet wurden, bevor sie volljährig wurden, die Hälfte davon in Südasien. Zwangsverheiratungen kommen nicht nur in islamischen und hinduistischen Gesellschaften vor, auch aus jesidischen, buddhistischen und christlichen Umfeldern sind Fälle bekannt.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Vgl. [http://www.bka.de/pressemitteilungen/2006/060519\\_pi\\_ehrenmorde.pdf](http://www.bka.de/pressemitteilungen/2006/060519_pi_ehrenmorde.pdf), S. 3. Stand: 16.06.2011.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 9ff

<sup>3</sup> Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonneffioneller Beziehungen, S. 35.

<sup>4</sup> Vgl. Deutscher Bundestag Drucksache 17/1213, 17. Wahlperiode 24. 03. 2010. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/012/1701213.pdf>, Stand: 19.06.2011

<sup>5</sup> Von der Leyen, Ursula: Vorwort, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwangsverheiratung in Deutschland, 2007, S.6

<sup>6</sup> Vgl. [www.amnesty-frauen.de/Main/Zwangsheirat](http://www.amnesty-frauen.de/Main/Zwangsheirat)



### **»Muslim\_innen sind gewalttätig gegen ihre Frauen.«**

Welche Rechte Frauen in einer Gesellschaft besitzen und durchsetzen können, gilt als Gradmesser dafür, wie »traditionell«<sup>1</sup> oder »modern« eine Gesellschaft beurteilt wird. Gewalt gegen Frauen und die Gleichstellungsproblematik der Geschlechter wird dabei oft stark moralisierend, einseitig spezifischen ethnischen Minderheiten zugeschrieben. Die eigene »gute« Identität wird dem »bösen« Anderen/Fremden gegenübergestellt. In vielen rassistischen Diskursen wird dieser Gegensatz als unveränderlich und damit miteinander

unvereinbar postuliert. Dies geschieht auch um von in der deutschen Gesellschaft vorhandenen (strukturellen) geschlechtlichen Diskriminierungen und von Gewalt herkunftsdeutscher Männer gegen herkunftsdeutsche Frauen abzulenken.

***Gegenargumentation: Die Ursachen von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen sind jedoch von vielen verschiedenen Faktoren abhängig und von ihr betroffen sind potenziell alle Frauen. Gewalt und Unterdrückung gegen Frauen in ihren vielfältigen Ausprägungen müssen thematisiert und bekämpft werden. Dabei dürfen sie aber nicht als Problem einer muslimischen Minderheit dargestellt, sondern müssen als auch in der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung bestehendes Problem benannt werden.***

Begründung: Die in 2004 veröffentlichte Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“<sup>2</sup> zeigt: Vierzig [!] Prozent der befragten Frauen gaben an, körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit ihrem 16. Lebensjahr erlebt zu haben. Körperliche Übergriffe reichen von wütendem Wegschubsen und Ohrfeigen bis hin zum Schlagen mit Gegenständen, Verprügeln und Gewaltanwendungen mit Waffen. Die Angaben zu sexuellen Übergriffen beziehen sich hingegen auf eine enge Definition erzwungener sexueller Handlungen, das heißt sexuelle Nötigung und Vergewaltigung. Zwei Drittel der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen haben schwere oder sehr schwere körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlitten.<sup>3</sup>

Frauen werden keineswegs nur in sozialen Brennpunkten von ihrem männlichen Partner beschimpft, gedemütigt, geschlagen oder vergewaltigt. Die Studie „Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften“<sup>4</sup> belegt, dass Frauen in mittleren und hohen Bildungs- und Sozialschichten in einem viel höheren Maß Opfer von Gewalt werden, als dies bislang angenommen wurde. In der Altersgruppe der Frauen ab vierzig Jahren konnte festgestellt werden, dass Frauen mit den höchsten Bildungsabschlüssen signifikant häufiger von Gewalt durch Partner betroffen waren als Frauen mit niedrigeren oder fehlenden Bildungsabschlüssen. So haben 27 Prozent der Frauen mit Abitur und/ oder Hochschulabschluss körperliche und/ oder sexuelle Gewalt durch aktuelle und/ oder frühere Partner erlebt, im Vergleich zu 15 bis 17 Prozent bei den befragten Frauen mit mittleren und geringen Bildungsgraden.<sup>5</sup> Eine höhere Bildung und Ausbildung der Frauen kann also nicht generell das Risiko von (schwerer) Gewalt durch den Partner vermindern. Vor allem in der Altersgruppe der unter 35-Jährigen stellten insbesondere Arbeitslosigkeit des männlichen Beziehungspartners, Angewiesen-Sein des Haushaltes auf Sozialleistungen und sehr geringe ökonomische Ressourcen Risikofaktoren für erhöhte und auch schwerere Gewaltbelastungen dar. So übten Männer, die erwerbslos waren, durch alle Altersgruppen hindurch häufiger körperliche/ sexuelle Gewalt gegen die aktuelle Partnerin aus als Männer, die erwerbstätig waren (19 Prozent vs. 13 Prozent), und sie übten auch deutlich häufiger erhöhte psychische Gewalt gegenüber der Partnerin aus (24 Prozent vs. 16 Prozent).<sup>6</sup> Nach Migrationshintergrund unterschieden gaben von den unter 75-jährigen Frauen, die jemals in einer Partnerschaft gelebt haben, 37 Prozent mit türkischer

Herkunft körperliche und/ oder sexuelle Gewalt durch den aktuellen und/ oder einen früheren Partner an. Im Vergleich dazu waren es nur 26 Prozent der befragten herkunftsdeutschen Frauen. Die erhöhte Gewaltbetroffenheit bei Frauen mit Migrationshintergrund sind zum einen auf die oftmals schwierigeren sozialen Lagen und mangelnden ökonomischen Ressourcen der Betroffenen zurückzuführen. Eine sehr hohe Bedeutung kommt dem Miterleben von körperlicher Gewalt bei den eigenen Eltern zu. Wenn Frauen unterschiedlicher ethnischer Herkunft in Kindheit und Jugend nicht mit Gewalt zwischen den Eltern konfrontiert wurden, lassen sich keine signifikanten Unterschiede mehr zwischen den Befragungsgruppen in der Betroffenheit durch körperliche/ sexuelle Gewalt feststellen.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> »Traditionell« steht hier für rückständig, patriarchal, undemokratisch, gewaltbelastet, fanatisch, religiös, etc.. »Modern« wird im Gegensatz dazu als fortschrittlich, gleichberechtigt, demokratisch, gewaltfrei, aufgeklärt, liberal und säkular konstruiert.

<sup>2</sup> Universität Bielefeld - Fakultät Soziologie, Sozialwissenschaftliche Frauenforschung: Erste nationale Repräsentativuntersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) - Langfassung, Bielefeld 2004. Auf der Basis einer repräsentativen Gemeindestichprobe wurden 10.264 in Deutschland lebende Frauen im Alter von 16-85 Jahren befragt. Um zudem die beiden größten Migrantinnengruppen in Deutschland - türkische Migrantinnen und Aussiedlerinnen aus der ehemaligen UdSSR und Osteuropa - zu erfassen, wurden zusätzlich jeweils 250 Interviews in türkischer und russischer Sprache durchgeführt.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 27ff.

<sup>4</sup> Universität Bielefeld – Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung: Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen, im Auftrag des BMFSFJ- Kurzfassung, Bielefeld 2009.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 32f.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 36f.

## »Pro Deutschland« e.V. in Berlin

Gründung: Februar 2010 (Pro Köln 1996, Pro Deutschland 2005, Pro NRW 2007, Die Pro- Bewegung e.V. 2010, Berliner Verband von Pro Berlin)

Sitz: Berlin-Marzahn Mitglieder: ca. 200<sup>1</sup>

Landesvorsitzender: Patrik Brinkmann

Pro Deutschland stellt sich selbst als Bürgerbewegung dar, ist aber eine Partei. Sie will gegen die vermeintliche „Islamisierung Deutschlands“ vorgehen. Pro-Berlin ist ein Ableger der Partei Pro Köln, die seit 1996 mit antimuslimischen Thesen in Köln auf Stimmenfang geht. 2010 wurde der erste Kreisverband der Partei in Berlin gegründet. Seitdem gab es weitere Gründungen von einzelnen Kreisverbänden. Man hat sich das Ziel gesetzt zu den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlen anzutreten. Unter den Mitgliedern finden sich ehemalige Republikaner und Angehörige anderer (heute z.T. inaktiver) extrem rechter Organisationen wie z.B. der NPD oder der Deutschen Liga für Volk und Heimat.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Nach Recherchen von „Berlin rechtsaußen“

<sup>2</sup> Apabiz und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin: Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen. Handreichung, S. 7

## Themenfeld: Wohlstandschauvinismus

### »Die Sozialschmarotzer leben auf unsere Kosten!«

Laut verschiedener Studien<sup>1</sup> gibt es in den Reihen der »Modernisierungsverlierer« und unter jenen, die Angst vorm sozialen Abstieg haben, hohe Zustimmungswerte zu wohlstandschauvinistischen Einstellungen. Die Angst vorm eigenen sozialen Abstieg geht mit der Forderung nach einem harten Umgang mit Leistungsempfänger\_innen einher. So fordert beispielsweise die Partei »Die Freiheit«, einen leistungsorientierten Sozialstaat gegen den Missbrauch der Solidarität der Arbeitenden“. Die These von arbeitslosen Migrant\_innen, die unsere Sozialsysteme ausnutzen ist seit den 1980er Jahren immer wieder in der öffentlichen Diskussion. Unter anderem wird in Sarrazins Buch vor allem Migrant\_innen mit muslimischen Hintergrund unterstellt, sie würden zu einem großen Anteil von den deutschen Sozialsystemen finanziert.

**Gegenargument: Dabei ist das Gegenteil der Fall. Real zahlen Muslim\_innen mehr in die Staatskassen ein als sie bekommen.**

Begründung: Achtzig Prozent der Migrant\_innen in Deutschland mit muslimischen Hintergrund beziehen ihr Einkommen aus Lohn, Gehalt oder Selbstständigkeit. Laut einer Studie des „Instituts zur Zukunft der Arbeit“ für das Wirtschaftsmagazin „Capital“ zahlt jede\_r Migrant\_in im Laufe seines Lebens durchschnittlich 11.000 Euro mehr an den Staat als er oder sie bekommt. Auf die gesamte Bundesrepublik hochgerechnet sind das 82 Millionen Euro. Von diesem finanziellen Nutzen abgesehen, sollte es in einer Gesellschaft nicht nur um den Nutzen von Menschen gehen, sondern um ein solidarisches Zusammenleben aller. Demokratische Gesellschaften haben den Anspruch allen Menschen gleiche Rechte und gleiche Bedingungen zu garantieren. Dazu gehört auch die Unterstützung Schwächerer.

### **Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie**

**Gründung:** Oktober 2010 Sitz: Berlin-Prenzlauer Berg

**Mitglieder:** 1800<sup>1</sup>

**Parteivorsitzender:** René Stadtkewitz (ehemaliger CDU-Abgeordneter)

»Die Freiheit« gibt sich rechtskonservativ und möchte nicht mit der extremen Rechten in Verbindung gebracht werden. Inhaltlich gibt es zu diesem Lager aber keine Differenzen. Im Vordergrund steht die Forderung nach einer restriktiven Einwanderungspolitik, insbesondere aus islamischen Ländern. Es werden außerdem mehr Basisdemokratie, eine Nulltoleranz-Politik und leistungsorientierte Sozialtransfers gefordert.

<sup>1</sup> Meldung im Businessportal für den Mittelstand ([http://www.b2b-deutschland.de/berlin/region/detail\\_dapd\\_3053677890.php](http://www.b2b-deutschland.de/berlin/region/detail_dapd_3053677890.php))

Es wäre ein Rückschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung, einzelnen Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit von sozialen Leistungen, härtere Regeln aufzuerlegen, ihnen bestimmte Rechte zu verweigern oder ihnen die Lebensgrundlage zu verweigern.



<sup>1</sup> Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 9, 2009; Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo: Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Studie, Berlin 2005; Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung: Die Mitte in der Krise, 2010

## **Wohlstandschauvinistische Diskurse**

### **»Florida-Rolf«**

Die Boulevardzeitung »Bild« berichtete 2003 über Rolf J. der monatlich aus Deutschland Sozialhilfe in seinem Wohnort Miami Beach erhielt. In einer Bild-Kampagne wurde gegen den angeblichen »Sozialschnorrer« gehetzt. In der Öffentlichkeit wurde er bald nur noch »Florida-Rolf« genannt. Bild hetzt fortwährend und bis heute gegen angebliche »Hartz-IV Abzocker\_innen«. Immer wieder erscheinen ganze Serien von reißerischen »Hartz IV Betrüger\_innen« Artikeln.

### **»Akademikerinnenkinderlosigkeit«**

Einen Höhepunkt erreichte die Debatte 2005, als das FDP-Vorstandsmitglied Daniel Bahr behauptete, „Es ist falsch, dass in diesem Land nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen.“ Das führe zu Folgeproblemen. So hänge laut Pisa-Studie in Deutschland der Lernerfolg eines Kindes stark vom Bildungsniveau der Eltern ab. Wenn Hochschulabsolventinnen künftig mehr Kinder bekämen, stünde Deutschland auch bei der Pisa-Studie besser da.

### **»Hartz-IV-Menü«**

Um Gelder im Berliner Landeshaushalt einzusparen, hatte Sarrazin in seiner Tätigkeit als Finanzsenator Berlins 2008 ein Hartz-IV-Menü zusammengestellt, das u.a. aus Billigschrippen und Kartoffelsalat bestand.

### **»Spätromische Dekadenz«**

FDP-Vorsitzender und Außenminister Guido Westerwelle teilte in einem Gastbeitrag für die Zeitung »Die Welt« 2010 hinsichtlich der Debatte um höhere HartzIV-Sätze mit: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein.“ Deutschland schein es „nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet“, so Westerwelle: „Die Missachtung der Mitte hat System, und sie ist brandgefährlich.“



## Themenfeld: Kritik an bestehender Demokratie

### **»Die da oben machen doch sowieso was sie wollen!«**

Um die Komplexität der Welt bewältigen zu können, brauchen viele Menschen Fremdbilder anhand derer sie ihre eigene Identität konstruieren. Das nutzen insbesondere Rechtspopulist\_innen aus, indem sie die Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit von Menschen in den Vordergrund stellen. Im Themenfeld demokratische Politik suggerieren sie, es würde eine politische Elite geben, die machtbesessen und mafios gegen die Bevölkerung handle.

***Gegenargument: Rechtspopulist\_innen geben sich als unabhängige Vertreter\_innen der kleinen Leute und der »wahren« Demokratie aus. Rechtspopulist\_innen blenden dabei aus, dass sie ebenso Parteien sind. Für rechtspopulistische Parteien ist es sogar charakteristisch, dass sie häufig zentralistisch, bürokratisch, männlich dominiert und hierarchisch autoritär strukturiert sind. Zudem sind in ihrer Vision von Demokratie bestimmte Bevölkerungsgruppen, hauptsächlich Minderheiten, nicht enthalten.***

Begründung: Politische Mehrheiten in Parlamenten werden durch Wahlen legitimiert. Durch sie sollen stellvertretend politische Entscheidungen getroffen werden, in Deutschland geschieht dies über eine repräsentative Demokratie. Diese Entscheidungen können sehr komplex sein. Die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen, die finanzielle Situation und rechtliche Rahmenbedingungen müssen in die Entscheidungen der Politik einbezogen werden. Diese Komplexität ist nur schwer vermittelbar, sie erscheint daher als bürokratisch, undurchsichtig oder einseitig. Es gibt zudem ganz konkrete Demokratiedefizite wie beispielsweise langwierige Gesetzgebungsprozesse oder die weitreichenden Befugnisse der Europäischen Kommission, bei denen Wähler\_innen keinerlei Einfluss nehmen können. Das nutzen Rechtspopulist\_innen aus, indem sie die Probleme vereinfachen und die Politikverdrossenheit von Teilen der Bevölkerung aufgreifen. Um politische Entscheidungen mit zu beeinflussen, ist es unabdingbar, dass sich eingemischt wird, z.B. durch die Beteiligung an Wahlen, durch das Engagement in Initiativen oder Parteien, durch das direkte Ansprechen von Politiker\_innen oder das Durchführen eigener Veranstaltungen oder Projekte. Eine Demokratie funktioniert dann am Besten, wenn sich Menschen einbringen.

## **»Das Volk denkt anders als die Regierenden. Wir sollten selbst entscheiden!«**

Rechtspopulist\_innen fordern direktdemokratische Elemente, wie z.B. Bürgerbegehren, Volksentscheide oder direktes Wahlrecht, weil sie darauf hoffen, mit kurzfristigen Kampagnen Minderheitenrechte (Migrant\_innen, religiöse Minderheiten oder Homosexuelle) einschränken zu können. Das kann sich in Unterschriftenaktionen widerspiegeln. Aktuell fordert »Pro Berlin« z.B. „... sagt NEIN zu Minaretten und Muezzinruf!“. »Die Freiheit« sammelt für ein Volksbegehren 20.000 Unterschriften, um das Tragen von Kopftüchern und Burkas in allen öffentlichen Räumen zu verbieten, die der Berliner Verwaltung unterstellt sind, d.h. Schulen, Universitäten, Rathäuser, Bürgerämter, Arbeitsämter, Bibliotheken, u.s.w.. Solche Volks- und Bürgerbegehren, können erfolgreich sein, wie das Minarettverbot<sup>1</sup> in der Schweiz.

***Gegenargument: Rechtspopulistische Parteien setzen auf Bürgerbegehren und Volksentscheide, um sich als Bürgerinitiative darstellen zu können, die den vermeintlichen Willen der Bevölkerung umsetzt. Sie sind aber im Gegensatz dazu Parteien.***

Begründung: Die Strategie, über direktdemokratische Verfahren, Einschränkungen für Minderheiten zu erreichen, ist weitaus weniger von Erfolg gekrönt als es vermutet würde. Es gibt Studien, die den Zusammenhang zwischen direkter Demokratie und Einschränkung von Minderheitenrechten untersucht haben.<sup>2</sup> Diese Studien ergaben, dass Bürgerentscheide nicht zwingend zulasten von Minderheiten entschieden werden. Im Falle der Erweiterung von Rechten Homosexueller konnten Volksentscheide zu deren Anerkennung beitragen. Volksentscheide, bei denen es um die Herkunft, Religion oder Sprache einer Minderheit ging, wurden jedoch häufiger zu deren Lasten entschieden. Zur Zeit sind Muslim\_innen in der Schweiz stark von solchen Einschränkungen betroffen. Demokratien sind Systeme, in denen Mehrheiten entscheiden, unabhängig davon ob sie repräsentativ oder direktdemokratisch sind. Wichtig ist dabei, dass sich Politik auch für Minderheiten einsetzen muss.

<sup>1</sup> Ende 2009 fand in der Schweiz eine Volksabstimmung statt, bei der sich 57,5 Prozent der abgegebenen Stimmen für ein Verbot für den Bau von Minaretten entschieden. Minarette sind die Türme, die sich an einer Moschee befinden.

<sup>2</sup> Vatter, Adrian (Hg.): Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie, Bern 2011;

Gamble, Barbara S.: Putting civil rights to a popular vote. American Journal of Political Science Nr. 41, 1997, S. 245–269;

Haider-Markel/ Donald P./ Kenneth J. Meier: The politics of gay and lesbian rights: Expanding the scope of conflict, Journal of Politics Nr. 58, 1996, S. 332–349;

Haider-Markel/ Alana Quenze/ Kara Lindaman: Lose, win, or draw? A reexamination of direct democracy and minority rights. Political Research Quarterly Nr. 60, 2007, S. 304–314;

Tolbert, Caroline J./ Rodney e. Hero: Race/ethnicity and direct democracy: an analysis of California's illegal immigration initiative. Journal of Politics Nr. 58, 1996, S. 806–818;

Tolbert, Caroline J./ Rodney e. Hero: Dealing with diversity: racial/ethnic context and social policy change. Political Research Quarterly Nr. 54, 2001, S. 571–604;

Donovan, Todd, und Shaun Bowler: Direct democracy and minority rights: an extension. American Journal of Political Science Nr. 42, 1998, S. 1020–1024;

Hajnal, Zoltan L./ Elisabeth r. Gerber/ Hugh Louch: Minorities and direct legislation: evidence from California ballot proposition elections. Journal of Politics Nr. 64, 2002, S. 154–177.

## Hintergrund: Antimuslimischer Rassismus

### Zur historischen Entwicklung der Feindschaft gegenüber Muslim\_innen

Dass der antimuslimische Rassismus so wirkungsmächtig ist, ist auch darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um ein über Jahrhunderte erhaltendes Feindbild handelt. Dieses Feindbild war und ist zwar auch Veränderungen unterworfen, jedoch ist es in seinen Grundelementen gleichgeblieben und wurde über einen langen Zeitraum tradiert. So können die Ursprünge des Feindbild Islam bis ins Mittelalter zurückverfolgt werden. Damals standen sich nicht nur zwei verschiedene Religionen gegenüber, sondern auch zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Entsprechend gründete sich das Feindbild Islam nicht nur auf eine theologische, sondern auch auf eine politische Sichtweise. Von Beginn wurde ein dichotomes Bild zwischen Europa auf der einen Seite und der Islam, Nahe und Mittlere Osten auf der anderen Seite gezeichnet. Konkret schien »der Islam« all das zu verkörpern, was dem Selbstbild der christlichen Europäer\_innen entgegenstand.

#### ***Zur christlichen Feindschaft gegenüber dem Islam***

Im frühen Mittelalter mit der Eroberung von Spanien und Sizilien durch das Osmanische Reich entstanden stereotype Bilder über die Anhänger\_innen des Islam. Generell galten sie als »Antichrist\_innen, dem Propheten Mohammed wurde unterstellt er selbst würde mit dem Teufel im Bunde stehen. Weiter galten die Muslim\_innen als monströses und gewalttätiges Volk, welches den Müßiggang fröhen würde«. Angriffen wurde auch die sexuelle Freizügigkeit (Polygamie, Homosexualität und Scheidungsrecht) in der muslimischen Welt, die aus christlicher Sicht zutiefst verwerflich schien. Diese Konstruktion des Islam und seiner Anhänger\_innen wurde bis in die frühe Neuzeit aufrechterhalten und neu unterfüttert. So übersetzte Martin Luther beispielsweise das antiislamische Werk von Ricardo da Montecroce. Für Luther stand fest, dass es keine politische Lösung des »Islamproblems« geben könnte, da dieser »grob und irrational« sei. Weiter entstanden zu diesem Zeitpunkt erste Reiseberichte über den Orient, die diesen als phantastische Traumwelt zeichneten, prägend war die Darstellung von »Luxus, Dekadenz und sexuellen Ausschweifungen.«

#### ***Zum rassistischen Antiislamismus des Kolonialismus***

Ab dem 16. Jahrhundert kam es zu zentralen Veränderungen in Europa: Außenpolitisch fand die Eroberung und Kolonialisierung Amerikas statt und es folgten weitere militärische Erfolge (Rückeroberung vom spanischen Granada und später der Einmarsch Napoleons in Ägypten). Und innenpolitisch kam es zu tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Umwälzungen im Kontext der Französischen Revolution (Abschaffung des feudalabsolutistischen Ständestaates und Beginn der Aufklärung), gleichzeitig fand ein technischer Fortschritt (Erfindung der Dampfmaschine und Spinnmaschine) statt. All diese Ereignisse trugen zum eurozentristischen Selbstbild ihren Teil bei. Die christliche Welt grenzte



sich nicht nur mehr gegenüber anderen Religionen ab, sondern fühlte sich ihnen zusehends als überlegen. Dieses überzogene Eigenbild war schließlich die Rechtfertigung für den Kolonialismus und die Missionierungen. Der Orient galt zunehmend als »unterlegen, rückständig, parasitär und unproduktiv«. Gleichzeitig wurde durch die Verbreitung der Märchen aus Tausend und einer Nacht, das Bild des Orients als »unvorstellbar grausam und besonders erotisch« aufrechterhalten. Im Kontext des Kolonialismus entsteht eine rassistische Denkweise. Es kommt zu einer Konstruktion des »Anderen« aufgrund von vermeintlich physiognomischer, biologischer und kultureller Differenz. Es werden dauerhafte Unterscheidungen und unüberwindliche Grenzen zwischen Menschengruppen getroffen, ohne dass die Möglichkeit besteht, diese Unterschiede auszuräumen. Diese Annahme der Differenz und Hierarchie lieferte ein Motiv beziehungsweise eine Rechtfertigung für gesellschaftliche und strukturelle Diskriminierung, Ausbeutung und Genozid.

### ***Zum antimuslimischen Rassismus der Moderne***

Im Zeitalter der Moderne (19. Jahrhundert), der Zeit des europäischen Nationalismus und Imperialismus, kam ein zentraler neuer Aspekt hinzu die Entstehung von Rassetheorien. Grundlage war die Evolutionstheorie von Charles Darwin, verschiedene Naturwissenschaftler\_innen und Naturphilosoph\_innen versuchten Darwins auf die Tierwelt ausgerichtete Rassetheorie auf die Menschenwelt zu übertragen. Diese Rassetheorien wurden zusehends mit dem Nationenverständnis in Verbindung gebracht, relevante Vertreter dieser Rassetheorien waren Arthur de Gobineau, Houston Stewart Chamberlain und Ernst Haeckel.

Die Rassetheorien versuchten auf der Basis naturwissenschaftlicher Theorien und Methoden rassistische Stereotype zu beweisen. Dieses sozialdarwinistische Konstrukt untermauerten das bereits bestehende rassistische Verständnis. Vermeintlich wissenschaftlich sollte nachgewiesen werden, dass es nicht nur unterschiedliche Rassen gäbe, sondern dass eine Hierarchie zwischen den Menschen bestände. Die angeblich wissenschaftliche Untermauerung der sogenannten Rassetheorie diene auch der Legitimation von europäischen imperialistischen Expansionsabsichten jener Zeit.

Am Ende des I. Weltkrieges galt der Islam durch die Besetzung eines Großteil

des Osmanischen Reiches durch die Siegermächte Frankreich und England als besiegter Feind. Und die Romane und Reiseerzählungen von Karl May unterfütterten weiter das Bild von dem Orient als »barbarische Wildheit gepaart mit sexuellen Ausschweifungen in den Harems«. Auffallend ist, dass vom Mittelalter bis zu dieser Zeit das Bild der Muslima als »verführerische, erotische, laszive Frau gekennzeichnet wurde. Sie galt weiter als Zauberin, Dämonin, Kupplerin und Hexe«. Die Zuweisungen unterstellen, dass die orientalische Frau über »besondere (übermenschliche) Kräfte und Macht« verfügt würde.

Im Nationalsozialismus wurde die Rassetheorie schließlich zur Staatsdoktrin. Hitler hatte bereits zuvor in seiner Propagandaschrift *Mein Kampf* die rassische Minderwertigkeit der Araber\_innen postuliert. So trafen der NS-Rassismus und die Nürnberger Gesetze auch arabische und türkische Menschen, jedoch nicht in einer vergleichbaren Systematik wie Juden, Sinti und Roma oder slawische Menschen in Osteuropa.

### ***Zum antimuslimischen Rassismus (Kultureller Rassismus)***

Eine neue Dynamik entstand in den 1960er/70er Jahren innenpolitisch wurde das Bild insbesondere durch die angeworbenen Arbeitsmigrant\_innen aus der Türkei und Flüchtlinge geprägt. Nachdem die Arbeitsmigrant\_innen zunächst vor allem als »fremd und anders« wahrgenommen wurden, wurde zusehends ein Bedrohungsszenario aufgebaut und die Angst vor »Überfremdung« geschürt. Außenpolitisch war die Darstellung besonders durch die Systemkonfrontation Realsozialismus versus Kapitalismus und die nationalen Befreiungskämpfe gegen die Kolonialmächte geprägt: Es wurde behauptet alle nationalen Befreiungsbewegungen seien kommunistisch und somit gegen die westliche Welt gewandt. Besonders verstärkt wurde dieses Bild als bekannt wurde, dass die RAF, die Bewegung 2. Juni und die RZ Kontakte in den Nahen Osten hatten und von dort aus unterstützt wurden. Beispielsweise indem sie dort eine militärische Ausbildung erhielten oder Unterstützung bei Flugzeugentführungen erfuhren. Auch die Ölkrise beeinflusste das Bild von der arabischen Welt. Die OPEC (Organisation der Erdöl exportierenden Länder) drosselte 1973 bewusst die Fördermengen und provozierte damit einen Ölpreisanstieg, um die westlichen Länder bezüglich ihrer Unterstützung Israels unter Druck zu setzen. Auswirkungen hatte auch die Islamische Revolution im Iran 1978/79 unter Ajatollah Chomeini, der die Islamisierung der Politik und der Gesellschaft mit Gewalt durchsetzte. Prägend für die Gegenwart sind somit vier Stereotype: »Der Arbeitsmigrant – der ungebildet und fremd ist; der reiche Ölscheich – von dem man abhängig ist; der Terrorist – der gewaltbereit ist; der Fundamentalist – der fanatisch ist. Die muslimische Frau taucht in all diesen Darstellungen nicht auf, das Bild von ihr reduziert sich auf das des unterdrückten Wesens«. Es steht damit konträr zu den Charakteristika, die der Muslima bis ins 20. Jahrhundert zugeschrieben worden war.

Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 war der Begriff der Rasse insbesondere in Deutschland diskreditiert und auch der wissenschaftliche Nachweis, dass es

keine Menschenrassen gibt, führte dazu, dass es seitdem vermieden wird von Menschenrassen zu sprechen. Das dahinterstehende Denkkonstrukt ist jedoch vielerorts noch weit verbreitet und somit Teil einer gesellschaftlichen Praxis und entsprechend wirkungsmächtig. Statt von Rassen wird oft von Kultur, Ethnie, Volk oder Nation gesprochen. Zentral dabei ist, dass bestimmte Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche einer bestimmten Menschengruppe verabsolutiert, naturalisiert, und abgewertet werden. Anders gesagt, es wird nicht mehr mit biologischer Vererbung, sondern mit der Unaufhebbarkeit kultureller Differenz gesprochen. Auf den ersten Blick wird nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen postuliert, sondern es wird sich darauf »beschränkt, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen« behauptet. Es wirken jedoch die selben Mechanismen wie beim Rassismus: Abgrenzung, Ausschließung und Legitimation der Bekämpfung der Anderen. In der Rassismusforschung wird diesbezüglich vom Kulturellen Rassismus, Neorassismus oder einem Rassismus ohne Rassen gesprochen. Grundlage für den gegenwärtigen antimuslimischen Rassismus lieferte insbesondere der zweite Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Realsozialismus, bekam das Feindbild Islam seine Bedeutung und löste das alte zentrale westliche Feindbild des Kommunismus ab. Feindbilder werden in der Konflikt- und Friedensforschung als extreme negative, hoch emotionale und sehr veränderungsresistentes Vorurteile gegenüber Menschen, Ländern oder Ideologien definiert. Das Feindbild umfasst auch die Fantasie und unter Umständen sogar das Ziel der Vernichtung des Feindes. Feindbilder implizieren auch sich selbst übertrieben positiv darzustellen, und das Gegenüber als negativen Gegenpol zu definieren. Gesellschaftlich konstruierte Feindbilder übernehmen wichtige Funktionen, wie die der gesellschaftlichen Integration, Herrschaftssicherung und Kriegsmobilisierung. Feindbilder können auch bewusst manipulativ hergestellt oder verstärkt werden. In der Regel wird auf in der Gesellschaft kultivierte und tradierte Stereotypen zurückgegriffen. Die (Re-)Konstruktion des Feindbildes Islam zum Zeitpunkt des zweiten Golfkrieges und schließlich im Kontext mit dem 11. September 2001 zeigt die Konjunktur des jahrhundertealten Feindbildes auf. Dass es einen Anstieg von antimuslimischen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft durch alle Schichten hindurch gibt ist eng mit den Entwicklungen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA verknüpft. Denn politisch und medial wurde ein Bedrohungspotential aufgebaut, dass weit über die Verantwortlichen der Anschläge, sprich Osama bin Laden und seine Terrororganisation Al Qaida, hinausgeht. Schnell wurden die Anschläge als eine »Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt« interpretiert. Und auf die Seite des Feindes wurden alsbald diverse islamisch geprägte Staaten subsumiert, die als »Schurkenstaaten« bezeichnet wurden. Während in der Folge Bush junior mit einer religiösen Rhetorik einen »Kreuzzug gegen das Böse« forderte, wurde die Notwendigkeit eines Krieges gegen Afghanistan in Deutschland vor allem mit der Verpflichtung und Verantwortung als »Teil der zivilisierten Welt« begründet. Innenpolitisch wurde das Bedrohungsszenario durch »Schläfer« aufgebaut, die gut getarnt unter uns leben würden. Trotz realer Bedrohung

durch einzelne radikal-islamistische Gruppen, wie die „Sauerland-Gruppe“ wurde eine Gefahr konstruiert, die weit über Einzelfälle hinausging. Deutschland erlebte die größte Rasterfahndung seit den 1970er Jahren. Für die Computerabgleiche wurden nicht nur staatliche Datenbanken herangezogen, sondern auch die Universitäten verpflichtet Daten über Studierende herauszugeben. Damit stand in der öffentlichen Wahrnehmung jede Person, die vermeintlich äußerlich als »muslimisch« erkennbar war unter Generalverdacht. Mit dem Diskurs von einer gewalttätigen Bedrohung durch den Islam, ging auch die (Re-)Konstruktion des »Anderen« einher. Dieses Konstrukt stellt letztlich eine Ausweitung des Bedrohungsszenario dar: Die »andere« Kultur mit »ihren« Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen würden das »Eigene« bedrohen, weil sich »die Anderen« nicht »integrieren und anpassen« würden.

## Glossar

### ***Antimuslimischer Rassismus***

Vorurteile und Feindschaft gegenüber dem Islam und seinen Anhänger\_innen sind kein Phänomen der Moderne, sondern seine Wurzeln sind in Europa bis zur Entstehung des Christentums zurückzuverfolgen. Diese stereotype Wahrnehmung verknüpft Islam mit Müßiggang, zügelloser Leidenschaft, Machtgier, Besitzhunger und Gewalt. Und stand/steht damit im Gegensatz zu dem Selbstbild der christlichen Kultur.

Die gegenwärtigen Ablehnung gegenüber dem Islam und seinen vermeintlichen Anhänger\_innen bezeichnen wir als antimuslimischen Rassismus. Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 war der Begriff der Rasse insbesondere in Deutschland diskreditiert. Auch der wissenschaftliche Nachweis, dass es keine Menschenrassen gibt, führte dazu, dass es seitdem vermieden wird von Menschenrassen zu sprechen. Das dahinterstehende Denkkonstrukt ist jedoch vielerorts noch weit verbreitet und somit Teil einer gesellschaftlichen Praxis und entsprechend wirkungsmächtig. Statt von Rassen wird oft von Kultur, Religion, Ethnie, Volk oder Nation gesprochen. Zentral dabei ist, dass bestimmte Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche einer bestimmten Menschengruppe verabsolutiert, naturalisiert und abgewertet werden. Anders gesagt, es wird nicht mehr mit biologischer Vererbung, sondern mit der Unaufhebbarkeit kultureller Differenz gesprochen. In der Rassismusforschung wird diesbezüglich vom kulturellen Rassismus, Neorassismus oder einem Rassismus ohne Rassen gesprochen. Weiter ist es nach wie vor, dass äußere Erscheinungsbild weswegen Menschen dem Islam zugerechnet werden, unabhängig davon, ob sie es wirklich sind. So dass es diesen Menschen unmöglich ist, sich entsprechenden Angriffen gegenüber zu entziehen.

### ***Diskriminierung***

(Soziale) Diskriminierung bedeutet eine gruppenspezifische Benachteiligung oder Herabwürdigung von Gruppen oder Individuen. Diese erfolgt anhand gruppenspezifischer Merkmale wie Herkunft, Hautfarbe, Sprache, politische oder religiöse Überzeugungen, sexuelle Orientierung, Geschlecht oder Behinderung. Grundlage von Diskriminierung ist die Unterscheidung und Bewertung einer

Gruppe durch wichtige gesellschaftliche Kräfte. Von Diskriminierung betroffen sind damit Gruppen, die den bestimmenden gesellschaftlichen Vorstellungen nicht entsprechen. In der deutschen Gesellschaft sind bis heute Merkmale wie weiß, männlich, heterosexuell, gesund, leistungsfähig, christlich etc. bedeutungsvoll. Menschen, die von diesen Merkmalen abweichen, sind oft von Diskriminierung betroffen.

Um strukturelle Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen handelt es sich dann, wenn diese in der Struktur der Gesellschaft enthalten ist. Dies ist beispielsweise in einer patriarchalen Gesellschaft (männliche Herrschaftsform) der Fall, die Frauen systematisch und strukturell aus vielen Bereichen der Gesellschaft ausschließt.

### **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dient als ein Oberbegriff der feindseligen Einstellungen gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen zusammenfasst. Der Begriff umfasst somit: Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus, Islamfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Sexismus, Etabliertenvorrechte und Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt somit die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft wird in Frage gestellt. Es handelt sich hierbei um einen Diskriminierungskomplex, der darauf verweist, dass verschiedene Einstellungen oft gleichzeitig oder in Wechselwirkung auftreten. Besonders ausgeprägt ist die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Neonazis. Diese sehen sich selbst als »Herrenmenschen« an, sprich Menschen mit der höchsten Wertigkeit. Aus dieser Ideologie rechtfertigen sie im Extremfall auch die Ermordung von angeblich »minderwertigen« Menschen.

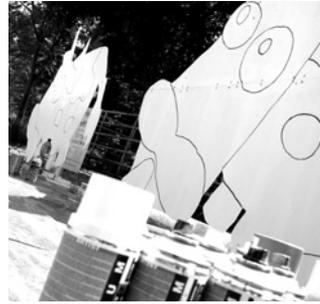
### **Rassismus**

Rassismus beschreibt ein gesellschaftlich tief verankertes System, das auf verschiedenen, klar voneinander abgegrenzten Menschengruppen beruht. Dafür werden willkürlich sichtbare und unsichtbare, behauptete oder wirkliche biologische Merkmale herangezogen, z.B. Hautfarbe, Kopfform, Blut etc. Den so voneinander abgegrenzten Menschengruppen (»Rassen«, Kulturen, Völker oder Ethnien) werden dann meistens noch negative, biologische und/oder kulturelle Eigenschaften zugeschrieben. Beispielsweise wurden Afrikaner\_innen im Kolonialismus und werden zum Teil bis heute als »wild, brutal, dumm und emotional-kindisch« beschrieben. Solche geschaffenen Bilder werden dann als Rechtfertigung für einen unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen, Rechten und symbolisch-kultureller Zugehörigkeit/Teilhabe genutzt. Rassismus produziert Strukturen der Ungleichheit, verschleiert sie als »natürlich« und stellt sie so als »gerecht« dar.

### **Rechtsextremismus / Neofaschismus**

Der Begriff Rechtsextremismus bezeichnet zum einen ein politisch-organisatorisches Spektrum von Parteien und Gruppierungen, zum anderen steht er für eine politische Einstellung bzw. Orientierung. Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff, welcher verschiedene Ideologien umfasst, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten. Der Kern eines rechtsextremen Weltbildes

sind u.a. die Vorstellungen von einer natürlichen Ungleichheit der Menschen, eines ethnisch homogenen Volkes, die Befürwortung von hierarchischen und diktatorischen Verhältnissen und damit einhergehend die Ausgrenzung und Verfolgung von Menschen, die nicht in dieses Weltbild passen (z.B. Migrant\_innen, Homosexuelle, Juden und Jüdinnen, Behinderte, Obdachlose). Rechtsextremismus geht häufig mit der Verharmlosung, Verleugnung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus einher.



### **Rechtspopulismus**

Rechtspopulist\_innen vertreten autoritäre Politikkonzepte. Allerdings handelt es sich bei Rechtspopulismus eher um eine politische Strategie, als um eine geschlossene Ideologie. Ziel dieser Strategie ist es autoritäre und rechte Vorstellungen zu verbreiten. Kennzeichnend dafür sind inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Lösungen und der Hang zu Verschwörungstheorien. Zentral für Rechtspopulismus ist, dass für Probleme des »einfachen Volkes« eine »korrupte Elite« verantwortlich gemacht wird. Als Feind können Regierungsapparate, Konzerne, Parteien oder Lobbyverbände dienen. Mit »Volk« ist dabei implizit oder explizit eine ethnisch reine Gemeinschaft gemeint. Entsprechend wird sich auch strikt gegen andere ethnische oder religiöse Gruppen abgegrenzt. Charakteristisch für den Rechtspopulismus der letzten Jahren ist das offene Propagieren eines antimuslimischen Rassismus, der sich z.B. in Protesten gegen Moscheebauten zeigt.

Bei Themen wie Abtreibung, Förderung von Ehe und Familie oder auch der Bildungspolitik vertreten sie konservative Positionen.

### **Wohlstandschauvinismus**

Wohlstandschauvinismus ist ein sozialwissenschaftlicher Begriff, der insbesondere ein Erklärungsmodell in der Rechtsextremismusforschung ist. Unter anderem verwenden die beiden Rechtsextremismusforscher Prof. Dr. Richard Stöss und Prof. Dr. Christoph Butterwegge Wohlstandschauvinismus als ein Element rechtsextremer Einstellungen. Unter Wohlstandschauvinismus wird die Verteidigung des eigenen Wohlstands wie die Besitzstandswahrung, die Sicherung von Privilegien und Etabliertenvorrechten, verstanden. Ausdruck findet der Wohlstandschauvinismus gegenüber anderen (ethnischen) Gruppen und Menschen mit geringerem Einkommen. Insbesondere unter den besser- und höherverdienenden Menschen ist gegenwärtig Wohlstandschauvinismus weit verbreitet. Die aktuelle ökonomische Krise wird besonders in diesen Schichten als Bedrohung für den eigenen Lebensstandard angesehen. Gerade Besserverdienende vertreten die Ansicht, dass sie weniger als ihren gerechten Anteil erhalten. Die Folge sei, so die Heitmeyer Studie 2010, eine aggressive Stimmung gegenüber Menschen, die ein geringeres Einkommen haben oder auf Hartz IV angewiesen sind. Es wird unterstellt, dass ärmere Menschen nicht genug zum gesellschaftlichen Reichtum beitragen würden. Daraus resultiert eine Entsolidarisierung gegenüber finanziell schlechter gestellten Menschen.

## Weiterführende Literatur

- 1) Hilal Sezgin (Hg.): Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu, München 2011
- 2) Apabiz und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin: Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen. Eine Handreichung über Struktur, Programmatik und mögliche Gegenstrategien, Berlin 2011, Download unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)
- 3) Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen verschwimmen, Wiesbaden 2010
- 4) Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hg.): Rechtspopulismus in Berlin, Rassismus als Bindeglied zwischen der »Mitte« der Gesellschaft und Neonazismus?, Broschüre, Juli 2011, Download unter [www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de](http://www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de)
- 5) Jochen Huppler/ Andrea Lugg: Feindbild Islam, Hamburg 2002

## Projektadressen



**[moskito]** Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Vielfalt  
Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH  
Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin  
Tel.: 030 - 443 83 459, Fax: 030 - 443 71 71  
E-Mail: [moskito@pfefferwerk.de](mailto:moskito@pfefferwerk.de)  
[www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadtteilarbeit/moskito.html](http://www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadtteilarbeit/moskito.html)



**Pankower Register** erreichen Sie postalisch und telefonisch über Moskito. Die Internetadresse lautet: [www.pankower-register.de](http://www.pankower-register.de).



**Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)**  
Besuchsadresse: Michael-Brückner-Str.1/Spreestraße, direkt gegenüber S-Bhf Schöneweide  
Postadresse: c/o Villa offensiv, Hasselwerder Str. 38-40, 12439 Berlin  
Kontakt: Tel./Fax: 030 - 65 48 72 93, E-Mail: [zfdtk@t-online.de](mailto:zfdtk@t-online.de)  
[www.zentrum-für-demokratie.de](http://www.zentrum-für-demokratie.de)



**Register Treptow-Köpenick**  
Das Register TreptowKöpenick erreichen Sie postalisch über das ZfD. Die Internetadresse lautet: [www.register-tk.de](http://www.register-tk.de).  
Handy: 0152 – 04 42 57 46 , E-Mail: [register-tk@web.de](mailto:register-tk@web.de)

